

Arbeitsstab Deutsche Einheit

Berlin, den 13. Juli 1990

Ergebnisprotokoll

zu den Ressortgesprächen über spezielle Fragen des Landes
Berlin, die im Einigungsvertrag zu berücksichtigen sind.

Ort: Bonn (BMI)

Zeit: 12. Juli 1990 von 9.30 Uhr bis 17.30 Uhr

Teilnehmer: Dr. Duisberg, Leiter der BRD-Delegation (BMI)
Dr. Lässig, Leiter der DDR-Delegation (Delegations-
teilnehmerliste siehe Anlage 1)

Inhalt der Gespräche:

Beide Delegationsleiter gingen von dem Grundsatz aus, daß Gegenstand der Gespräche nur die Themen sein können, die besondere Regelungen für Berlin erforderlich machen und alle Fragen, die in den zum Einigungsvertrag stattfindenden Ressortgesprächen generell behandelt werden, auszuklammern sind.

Es wurden folgende Themen behandelt:

- Erarbeitung von Vorschlägen zur Formulierung von Artikeln für den Einigungsvertrag betreffend Sonderregelungen für Berlin bei Übernahme und Inkraftsetzung des Grundgesetzes der BRD.
- Notwendigkeit von spezifischen Ausnahmen für die Inkraftsetzung des Grundgesetzes der BRD für Berlin (Wehrverfassung, Finanzverfassung).
- Besondere Probleme der Wahlen in Berlin in bezug auf den Einigungsprozeß.
- Vorbereitung auf eventuelle Ergebnisse der 2+4-Verhandlung.

- Zur Hauptstadtfrage wurde aufgrund des Dissenses auf den Handlungsbedarf der Politiker verwiesen, von denen eine Vor-entscheidung erforderlich ist.

Im Ergebnis der ausführlichen Diskussionen ist festzuhalten:

1. Es ist gelungen, einen Formulierungsvorschlag für den Einigungsvertrag zu erarbeiten, der die Einigung Berlins beinhaltet (siehe Anlage 2). Zu klären ist noch die Frage, ob West-Staaten bei dieser Gelegenheit mit zum künftigen Land Berlin gehören soll. Der Vertreter des MdI, Herr Dr. Helmers, ist beauftragt, nach Sondierung einen Vorschlag für die nächste Beratung am 17. Juli 1990 in Berlin zu unterbreiten.
2. Ein Textvorschlag zur Inkraftsetzung des Grundgesetzes der BRD für Berlin wurde erarbeitet, der in dieser Form als Artikel des Einigungsvertrages Verwendung finden könnte (siehe Anlage 3).
3. Ein Formulierungsvorschlag für einen Artikel zur Überleitung von Bundesrecht für Berlin fand die Zustimmung beider Delegationen (siehe Anlage 4).
Als Ausnahmen wurden festgehalten das staatliche Organisations- und Verwaltungsrecht, das im Rahmen der Verhandlungen zwischen den Justizministerien zu behandeln ist.
4. Einvernehmen wurde darüber erzielt, daß nach Berichterstattung der anderen Verhandlungsrunden geprüft werden muß, ob sich für Berlin besonderer Handlungsbedarf ergibt. Insbesondere wird damit gerechnet, daß sich aus der Übernahme von Leistungsgesetzen soziale Probleme in Berlin ergeben können.

5. Einvernehmen wurde erzielt, daß langfristig auch für Westberlin die Wehrverfassung volle Gültigkeit erlangt. Eventuelle besondere Regelungen sind aus den Ergebnissen der 2+4-Verhandlungen abzuleiten.
6. Einvernehmlich wurde festgestellt, daß die Überleitung bestimmter zentraler Aufgaben der DDR-Regierung auf die Länder (Kultur, Akademie) im Rahmen der allgemeinen Fragen des Einigungsvertrages zu behandeln sind. Das besondere Interesse des Landes Berlin ergibt sich aus den hohen finanziellen Belastungen, die sich durch diese Einrichtungen ergeben können.
7. Zur Finanzverfassung wird von der BRD-Seite der zwischen den Experten (Herrn Dr. Richter und Herrn Klementa) ausgehandelte Textvorschlag nachgereicht.
8. Die notwendige Vorbehaltsklausel zu den 2+4-Verhandlungen soll so allgemein wie möglich gehalten und nicht gesondert für Berlin vorgeschlagen werden. Ein erster Vorschlag ist in Anlage 5 enthalten.
9. Es ist durch die Vertreter Berlins zu prüfen, welche Verträge zwischen Westberlin und der DDR bzw. von Einrichtungen der DDR übergeleitet werden müßten.

Im Abschluß wurde vereinbart, daß am 17. Juli 1990 in Berlin die Verhandlungen fortgeführt werden.

Der Bundesminister des Innern

Gesch. Z.

Teilnehmerliste

Besprechung am 12.7.1990
 Thema: Berlin - Fragen

Vertretene Stelle (Behörde, Referat)	N a m e (Bitte in Druckschrift)	Dienststellung
BMI	Dr. Duisberg	MDitig.
"	LEUZE	MA
"	Laitenberger	ORR
Sen Bund Berlin	Füßlein	Sen Dg
Sen Inn Berlin	Grysczyk	Sen Dinsp
Senatskanzlei Berlin	Hage	ORR
"	Dr. Kabisch	SR
Magistrat Stadt Berl	HECKMANN	
Bki J 10 B4	Oelkes	R.D
AA	Mr. Lambach	NR1
Stabschef NRV	Dr. Deppenbrock	MDitig
Bayer. StB f. Bundes- u. Europarecht	Dr. Zumscheuren	MDit
BK	Stern	MDit
BMB	Dr. Aretz	UAL
BMF	KLEMENTA	UAL
"	JÄGER	Ref.
Wid	Dr. Helmers	Ref.
MFAA	L. Ulein	Ref.
MdF	Dr. Riechel	AZ
BMVg	Dr. Dan	MIR
Austadlerpräsidenten	Voigt	Ref.
Führerbüro Deutsche Einheit	Kinast	Stellv. Leiter
- II -	Dr. Lässig	Koordinator